

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/44. Jahrgang

Dezember 2012

Schutzgebühr: 0,40 €

## Konflikte bei Mit.Bus: Betriebsratsvorsitzender soll gehen!

Nachdem bei Mit.Bus der Konflikt über den Betriebsratsvorsitzenden Volker Weil eskalierte, hat sich das Gießener Arbeitsgericht mit der Situation beschäftigt.

Verdi und Volker Weil müssen laut Entscheidung des Arbeitsgerichtes ein Flugblatt vom „Schwarzen Brett“ abhängen. In diesem Solidaritätsflugblatt hatte verdi die unbefristete Übernahme von Volker Weil gefordert und u.a. zur Verweigerung von Überstunden und Dienst nach Vorschrift aufgerufen. Volker Weils befristeter Arbeitsvertrag endete am 30.11.2012, während vier vergleichbare Busfahrer

unbefristet übernommen wurden. Mit verdi klagt jetzt der Busfahrer für die unbefristete Fortsetzung seines Arbeitsverhältnisses. Denn Arbeit gibt es genug bei Mit.Bus, eine ausgegliederte Tochter der Gießener Stadtwerke. Kurzfristig angeordnete Überstunden sind an der Tagesordnung, es gilt die 6-Tage-Woche, und die Dienstplangestaltung der Busfahrer steht ständig in der Kritik. Um das alles hat sich der im Januar neu gewählte Betriebsrat gekümmert - sehr zum Ärger der Geschäftsleitung. Auch deshalb muss der Busfahrer und Betriebsratsvorsitzende gehen!

Es zeigt sich wieder einmal, dass das von der damaligen rot/grünen Bundesregierung eingeführte Teilzeit- und Befristungsgesetz fast immer gegen Beschäftigte eingesetzt wird. Mit.Bus und alle Unternehmen nutzen ganz legal dieses Gesetz aus. Wer dann aktiv in der Gewerkschaft, Betriebsrat oder sich für Kolleginnen und Kollegen einsetzt: Auf Wiedersehen!

Interessant: Die Gießener SPD hüllt sich bislang in Schweigen, obwohl sie über den Aufsichtsrat aktiv wer-

(Fortsetzung auf Seite 3)

### Inhalt:

NPD-Verbot/Mahngang S.2  
Kinderförderung?/Bürgerbegehren S.3

Pflegeversicherung/"Austerität" S.4  
kein Phönix/Unikliniken S.5  
Info-Abend Eritrea/Wahlgeschenke S.6

Strompreis-Abzockerei/Leserbriefe S.7  
Hartz IV/Hände weg von Kuba S.8  
Termine/LL-Demo/Basar S.8

## Wochenmarkt bleibt - Krematorium an die Stadtwerke verkauft

Die Privatisierung des Wochenmarktes ist vom Tisch; die Standgebühr wurde erhöht.- Die Privatisierung des Krematoriums dagegen ist beschlossen: es wird an die Stadtwerke Gießen verkauft, eine Aktiengesellschaft, die sich zu 100% im Besitz der Stadt befindet und mit ihren Subunternehmen für Busse, Bäder und Energieversorgung zuständig ist. Über Preisgestaltung u.a. entscheiden nicht mehr – wie es früher ohne AG der Fall war - die Stadtverordneten, sondern der Aufsichtsrat. Als AG erwirtschaften die Stadtwerke erhebliche Gewinne, die sie jährlich in Millionenhöhe an die Stadt abführen. Sie könnten stattdessen auch die Preise und Gebühren entsprechend senken. Aber das tun sie nicht, sondern sanieren damit den maroden Stadthaushalt, also zahlen wir mit den Tarifen der SWG genau genommen versteckte Steuern an die Stadt. Ob die Gebühren für das Krematorium steigen werden, wird abzuwarten sein. Dahingestellt sei, ob ihr pragmatischer Beschluß, die Abwärme des Krematoriums in das Fernwärmenetz einzuspeisen, mit der Pietät der Kunden in Einklang zu bringen ist. Vielleicht stellt es sich auch – nach dem E-Klo – als zweite bundesweit Gießener Attraktion heraus.



Für Frieden und Sozialismus!



## Das NPD Verbot geht in die nächste Runde

Das bürgerliche Recht erweist sich immer wieder als Schutzengel der NPD. Bürgerliche Gerichte ermöglichen immer wieder ihre Aufzüge und Veranstaltungen. Die juristische Farce um das NPD Verbot hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Am 12.11. hat die NPD beim Bundesverfassungsgericht den Antrag eingereicht, festzustellen, dass sie nicht verfassungswidrig sei. Der zweite Teil des Antrages ist brisanter. Das Gericht soll feststellen, dass die Rechte der NPD, dadurch verletzt werden, dass fortwährend die Verfassungswidrigkeit behauptet wird, ohne jedoch einen Verbotsantrag, zu stellen.

Das Bundesverfassungsgericht äußert sich zurückhaltend, will aber schnell über die Angelegenheit entscheiden. Es hat jetzt von der Bundesregierung, dem Bundesrat und dem Bundestag Stellungnahmen angefordert. Ein Sprecher betonte, dass dieses Vorgehen dem „normalen Geschäftsgang“ entspreche. Offensichtlich ist dies eine Reaktion auf eine Pressemitteilung NPD, in der sie aus dem Verhalten des Gerichtes geschlussfolgert hatte, dass der Antrag nicht unbegründet sei. Im übrigen plant die NPD nach einer möglichen Ablehnung umgehend den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anzurufen. Auch wenn Juristen die-

sen Antrag für aussichtslos erklären, ist seine politische Bedeutung hoch. Sollte die NPD mit ihrem Antrag durchkommen hätte sie faktisch einen „Persilschein“ und ein Verbot wäre künftig kaum mehr durchführbar. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass diese Partei durch ihr Handeln wieder in die Offensive gekommen ist und aus dem Schatten der NSU Affäre heraus kam. Wenn sich die angesprochenen Staatsorgane äußern (dies müssen diese nicht) würde unweigerlich die Rolle der V-Leute wieder thematisiert werden und damit eine wichtiges Argument gegen ein Verbot.

Bei all diesen Erwägungen muss daran erinnert werden, dass die staatlichen Organe und die bürgerlichen Parteien letztlich kein Interesse an einem NPD-Verbot haben, das mit den heutigen Gesetzen längst durchführbar wäre. An diesem Umstand zeigt sich wie scheinheilig das Gerede von einem NPD Verbot ist.

Ganz im Gegenteil wird die Verbotsdebatte und die NSU Affäre dazu genutzt, weitere Grundrechtseinschränkungen durchzusetzen und das Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten unter dem Vorwand des „Rechtsterrorismus“ weiter auszuhöhlen. Das Verhalten des deutschen Staates ist nicht zufällig, sondern Ausdruck einer histori-

## Massenmörder beim Verfassungsschutz

Klaus Barbie, der Schlächter von Lyon, verantwortlich für 7591 Deportationen und 4342 Hinrichtungen, wurde 1966 Informant des BND. Er erhielt 500 DM pro Monat. Carl-Theodor Schütz, ehemaliger SSHauptsturmführer, befehligte die Hinrichtung von 335 italienischen Geiseln. Wie gerade bekannt wurde, war er hauptamtlicher Abteilungsleiter beim BND. Es hieß, er sei eine charakterlich einwandfreie Persönlichkeit...

schen Tatsache, der deutsche Staat (seit 1871) sah sein Hauptziel immer in der Zerschlagung der – „staatsgefährdenden“ – Linken. Die militante Rechte war der herrschenden Klasse dabei immer ein willkommener Helfer. Henning Mächerle

**Grundgesetz Artikel 139: „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“ Diese lauten:**

**„Die Nationalsozialistische Partei, ihre Zweigeinrichtungen und die von ihr kontrollierten Organisationen sind zu vernichten.... Es sind Sicherheiten zu schaffen, dass sie in keiner Form wiedererstehen können...“**

## Mahngang zum Gedenken an die faschistische Reichspogromnacht

Am 9. November fand auch in diesem Jahr der Mahngang zum Gedenken an die faschistische Reichspogromnacht 1938 statt, als in Deutschland Synagogen angezündet, jüdische Geschäfte geplündert und jüdische Mitbürger öffentlich geschlagen, gejagt und ermordet wurden. An histori-



schen Orten in Gießen wurden von verschiedenen Organisationen des Bündnisses gegen Rechts Redebeiträge gehalten. Michael Beltz erinnerte in der Neuen Bäume vor dem ehemaligen Gestapo-Haus an die große Anti-Nazi-Demonstration in Gießen im Juli 2011 und das erneute Auftreten der Nazis im Oktober 2012. Während die Stadt stets betone, keine Nazis in Gießen dulden zu wollen, habe an beiden Tagen die NPD unter Polizeischutz ihre Aufmärsche durchführen dürfen. Stefan Walther wies vor der Goetheschule, wo die letzten in Gießen lebenden Juden auf dem Schulhof zum Abtransport zusammengetrieben worden waren, darauf hin, wie die Nazis 1933 mit Hilfe und Finanzierung des Großkapitals an die Macht gebracht worden waren und unmittelbar danach alle, die es



wagten, Widerstand zu leisten, in die Zuchthäuser und KZs sperrten. Auch Ernst Richter (Foto links), der scheidende mittelhessische DGB-Vorsitzende, warnte in seinem Beitrag vor der Kongresshalle, wo die Synagoge stand, vor einem aufkommenden Faschismus in Europa. - Beide Tageszeitungen haben über den Mahngang, an dem etwa 350 Menschen teilnahmen, nicht berichtet.



(Fortsetzung von Seite 1)

### Konflikt bei Mit.Bus

den könnte... - Die Gießener DKP solidarisiert sich mit Volker Weil! Wir üben aber auch Solidarität mit allen Beschäftigten, die unter diesem Befristungsgesetz arbeiten müssen und erst nach zwei Jahren wissen, ob ihr Arbeitsvertrag endlich entfristet wird. Weg mit den Befristungen per Gesetz!!  
Helmut Appel

Am 19. Dezember findet ein Gütertermin vor dem Arbeitsgericht in Gießen statt.

Wir bitten um Spenden

**Gießener Echo**

Konto Nr. 193070  
BLZ 51350025  
Sparkasse Gießen

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die uns bisher mit kleinen oder größeren Beträgen unterstützt haben

## Kinderförderung? - Kindervernachlässigung!

Am 16.11.2012 führte das Sozial- und Kultusministerium eine Veranstaltung zum Hess. Bildungs- und Erziehungsplan in der Volkshalle Pohlheim durch. Die Kitas der Lebenshilfe und andere ErzieherInnen

das Land durch Senkung der Betreuungsstandards entgehen. Die Berechnung der notwendigen Fachkräfte erfolgte bisher pro Kindergarten Regelgruppe und soll jetzt pro anwesendem Kind berechnet werden; Kinder

mit Behinderung sollen jetzt in Gruppen zu 25 Kindern untergebracht werden, bisher betrug die Gruppengröße 20 bzw. 15 Kinder, je nach Anzahl behinderter Kinder. Gleichzeitig dürfen bis zu einem Fünftel des Personals von Laien



und Eltern nahmen das zum Anlass, gegen das geplante Kinderförderungsgesetz zu demonstrieren (s. Foto). Ab nächstem Jahr hat jedes Kind unter 3 Jahren einen Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz. Allein in Hessen fehlen 3500 Fachkräfte. Dem zu erwartenden Klagefluß der Eltern will

ohne Erzieherausbildung gestellt werden. Nach wie vor gilt: Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Die Veranstalter der Lebenshilfe wollen sich bis Frühjahr mit anderen Gruppen vernetzen und planen eine medienbegleitete Demonstration in Wiesbaden.  
Sabine Albrecht

## Pressemitteilung: Bürgerbegehren vollinhaltlich erfüllt

Die Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“ begrüßt die mit großer Mehrheit gefasste Entscheidung des Stadtparlaments, den Schwanenteich mit Uferweg bis zum Frühjahr 2016 nicht zu verändern. Damit ist das Bürgerbegehren vollinhaltlich erfüllt. Mehr wäre auch bei einem Bürgerentscheid nicht zu erreichen gewesen. Die Bürgerinitiative bedauert allerdings auch, dass nun mit der geplanten Anlage des „Stadtplatzes an der THM“ und dem neu anzulegenden Verbindungsweg entlang des Rollschuhbahn- Arealen erneut ein großer Bereich des natürlichen Uferbereichs geopfert wird. Viele Mitglieder der BI hatten die Diskussion im Sitzungssaal verfolgt und sich bereits vor Beginn vor dem Rathaus mit einem Transparent bei den mehr als 3600 Gießener Bürger-

innen und Bürgern bedankt, die das Bürgerbegehren unterzeichnet haben. Dies sei ein Musterbeispiel an praktizierter Demokratie, erklärte Sprecher Arnd Lepère, zum ersten Mal in der Geschichte Gießens sei ein Bürgerbegehren mit Erfolg durchgeführt und dem so geäußerten Willen der Menschen entsprochen worden. Ob tatsächlich in drei Jahren der Magistrat erneut beschließen werde, den Bewuchs an Schwanenteich und Uferweg komplett zu beseitigen, bleibe abzuwarten. Vermutlich sei dafür

nach der Landesgartenschau ohnehin kein Geld mehr da. Er verwies darauf,



Nachdem nun feststeht, daß Uferweg und Bäume gerettet sind, entfernten Mitglieder der BI am 1. Dezember die weißen Bänder; anschließend gabs zur Feier des Tages auf dem Parkplazu Glühwein zum Aufwärmen.

dass sich zunehmend in der Bevölkerung Unmut gegen die Landesgartenschau und ihre Begleitmaßnahmen breitmachen, insbesondere wegen der Großbaustelle Ringallee und der geplanten Verfüllung der Unterführung an der Ostanlage. Die BI werde sich weiterhin mit der Landesgartenschau und dem Umgang mit Steuergeldern kritisch auseinandersetzen



## Erntedankfest der Rüstungsindustrie

*"Volkstrauertag, das ist das Erntedankfest der Rüstungsindustrie... Getrauert wird um die bereits Gestorbenen, das ist kein präventives Fest für die, die noch fallen werden." Erwin Pelzig in "Neues aus der Anstalt"*

Arbeitslosenprojekt TuWas (trug)

### Leitfaden zum Arbeitslosengeld II

Der Rechtsratgeber zum SGB II

Die 9. überarbeitete Auflage ist im Herbst erschienen. Der 832 S. starke Ratgeber kostet nur 17 €

Bestellungen an: Fachhochschulverlag, Kleiststr. 10, Gebäude 1, 60318 Frankfurt oder: [bestellung@fhverlag.de](mailto:bestellung@fhverlag.de)

Fachhochschulverlag  
2012

## Pflege nach Brieftasche

Die zum 1.1.2013 in Kraft tretende private Pflegezusatzversicherung ist ein weiterer Schritt in die Pflege nach Einkommen bzw. Brieftasche. Wer sich entsprechende Versicherungen leisten kann, bekommt dann in Zukunft entsprechende Pflege- und wer nicht...? Eine sinnvolle Alternative wäre die Anhebung des Beitrages zur Pflegeversicherung, den auch die Unternehmer bezahlen müssen; die haben schließlich bei Einführung der Pflegeversicherung 1995 bundesweit den Buß- und Bettag, damals gesetzlichen Feiertag, abgeschafft bekommen (mit Ausnahme von Sachsen). Der Versicherungswirtschaft werden durch die Bezuschussung der privaten Pflegezusatzversicherung in Höhe von 5 Euro monatlich zusätzliche Geschenke gemacht.

Die Bundesregierung geht bei circa 1,5 Millionen Verträgen von 90 Millionen Euro Förderung alleine im Jahr 2013 aus. Stattdessen sollten die Milliardenüberschüssen der privaten und gesetzlichen Pflegeversicherung zweckgebunden eingesetzt werden. Derzeit werden weniger als die Hälfte der Pflegekosten von den Versicherungen getragen. - Die DKP fordert: keine Pflege nach Brieftasche sondern nach Bedürftigkeit. H.R.

## „Austerität“ oder Sozialismus

Ein neuer Begriff wird in den Medien verwendet: Austerität. Dies ist laut Lexikon die Bezeichnung für eine strenge Sparpolitik des Staates, besonders in Krisenzeiten.

Austerität, das ist das, was derzeit in der EU stattfindet. Im Oktober waren – offiziell – fast 19 Millionen Menschen arbeitslos, so viele wie noch nie seit der Einführung des Euro. In Spanien ist jeder vierte erwerbslos; bei den unter 25-Jährigen ist jeder zweite ohne Arbeit. In den anderen südeuropäischen Ländern sieht es nicht viel besser aus, und in Griechenland herrscht das reine Chaos: Die Krankenversorgung funktioniert nicht mehr, den Menschen wurde durch rigide Lohn- und Rentenkürzungen das Geld für die notwendigsten Dinge genommen. Die damit eingeleitete Abwärts Spirale – keine Kaufkraft, keine Produktion, keine Steuern – läßt sich nicht aufhalten. Die „EU-Rettung“ wirft das Geld den Banken zu 0,75% Zinsen hinterher, die dann damit Kredite zu 7, 8, 9% verleihen und sich hohe Gewinne verschaffen, während die Menschen darben. Das ist Austerität, das ist Kapitalismus.

In der BRD geht es uns – damit verglichen – noch verhältnismäßig „gut“. Aber auch hier nehmen Armut, Obdachlosigkeit und Elend zu, während die Tafeln boomen. Aber auch

hier können bald griechische Verhältnisse herrschen.

Alle wissen: eigentlich ist genug Geld da; das zeigt nicht nur die Reichtumsuhr, die am DGB-Haus zu sehen ist. - Aber noch haben sich zu viele ihre Hirne vernebeln lassen mit dem Geschwätz vom Wachstum, das Arbeitsplätze schafft, vom Kapital, das – scheu wie ein Reh – das Land verlässt, wenn man es nicht hegt, von der Alternativlosigkeit dieses Systems.

Und sie haben sich die Hirne vernebeln lassen mit den Lügen über den Sozialismus, der „gescheitert“ sei.

Ein erbärmlicheres Scheitern des Kapitalismus als das, was jetzt zu sehen ist, mag man sich kaum vorstellen. Deswegen werden Lügen über Lügen und Schauermärchen über die DDR erzählt, um von dem eigenen tatsächlich menschen-

verachtenden System abzulenken. Sie spielen sich als Hüter der Menschenrechte auf und treten die elementarsten Menschenrechte mit Füßen: das Recht auf ausreichende Nahrung, auf Arbeit, auf Wohnung, auf Pflege, auf Gleichberechtigung, auf Bildung und Gesundheitsfürsorge für alle, von der Teilhabe an Kultur ganz zu schweigen.

Es wird Zeit, wieder klar zu denken und Rosa Luxemburgs Alternative zu beherzigen: Sozialismus oder Barbarei.

Erika Beltz





# Nicht aus jeder Asche steigt ein Phoenix

Die kapitalistische Welt befindet sich in der Dauerkrise. Der Krisenzeichen gibt es viele. Eines davon ist der völlige Irrationalismus, der Politik und Wirtschaftswissenschaft ergriffen hat. Es ist klar, wenn man massenhaft Geld ausgeben muss (Wirtschaftsankurbelung in der Rezession) und gleichzeitig massenhaft Geld einsparen muss (Bekämpfung der gefährlichen Staatsverschuldung), also gleichzeitig Gas geben und bremsen muss, dann kann man nicht mehr rational argumentieren. So kommt es dann, dass die vielfach ausgezeichnete Fernsehjournalistin Anja Kohl vor dem Sparkassenforum in Gießen ausführt: „*Es kann 10 oder 20 Jahre dauern, bis die Eurozone wieder aus der Krise herauskommt*“, um dann fortzufahren: „*Der Euro ist vielleicht unrettbar, aber er wird nicht scheitern, weil er nicht scheitern darf*.“ Ich will besagte Dame nicht in die Nähe des deutschen Faschismus rücken, aber was die Rationalität betrifft, ist ihre Aussage so bar jeder Vernunft wie die Beschwörungsformel der Nazis zum sich abzeichnenden Kriegsende: „*Wir werden siegen, weil wir siegen müssen*.“

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt ist bekanntermaßen ein vernunftbegabter Mann. Er sagt auf dem Wirtschaftsforum der Wochenzei-

tung „Die Zeit“ in Hamburg: „*Wir stehen vielleicht vor einer Revolution in Europa*.“ Er fügt an, es sei möglich, dass Europa in drei bis vier Jahren „*wie Phoenix aus der Asche*“ komme - „*wenn wir die richtigen Schritte gehen*.“ Diesen Anhang kann man getrost vergessen, denn „*die richtigen Schritte*“ kann er auch nicht benennen, zumal in seiner Kanzlerzeit mit dem Schuldenmachen so richtig losgelegt wurde.

Aber das Erahnen einer möglichen Revolution durch den besonnenen Mann ist interessant. Er spürt offensichtlich die ganze Hilflosigkeit der Herrschenden, zu denen er ja auch gehört, in dieser Krise.

Zur Revolution ist es notwendig, dass die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können. Erst dann, wenn die „Unterschichten“ das Alte nicht mehr wollen und die „Oberschichten“ in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen. - Lenin: Der „linke“ Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus.

revolutionäre Situation nur dann aufkommt, wenn die oben nicht mehr auf die alte Weise herrschen können und die

unten sich nicht mehr wie bisher beherrschen lassen wollen. Trotz aller Proteste und Streiks im Süden Europas gelingt es den Herrschenden bisher, sich selbst und dem Volk weiszumachen, dass diese Krise ein Unfall sei, aus dem man gesund herauskommt, wenn man nur „*die richtigen Schritte*“ geht. Nein, die Krise ist zur Normalität geworden, auch wenn Politik, Wirtschaft und Medien uns einreden wollen, dass aus der Asche ein Phoenix aufsteigt. Ansonsten müssten sie ein-

gestehen, dass die Welt des Kapitals in großer Not ist. Klaus Mewes



Nur hat er, wie zu erwarten, seinen Lenin nicht gelesen. Dieser sagt, dass eine

## Unikliniken – Enteignung ist überfällig

Solange das Uniklinikum Gießen-Marburg (UKGM) im Besitz der Rhön AG bleibt, werden die Bedingungen für Personal und Patienten immer schlechter. Da sich die Gewinnerwartungen der Aktionäre bis jetzt nicht verwirklichen ließen, will die Konzernleitung ihre Kliniken „umstrukturieren“. Im Klartext heißt das, daß immer weniger Personal immer mehr Patienten versorgen soll. Um die Einnahmen zu erhöhen sollen aus anderen Rhön-Kliniken besonders schwere Fälle ins UKGM verlagert werden. Ein Schritt zu Einsparungen ist die Schließung der klinikseigenen Wäscherei, diese Arbeiten sollen nach außen vergeben werden. Die betroffenen Beschäftigten verlieren ihren Arbeitsplatz. Aber nicht nur das. Die Wäsche soll nicht mehr zu den einzelnen

Stationen gebracht, sondern an zentralen Stellen abgeholt werden – was natürlich zusätzliche Arbeit fürs Pflegepersonal bedeutet. Mehr Einnahmen und weniger Ausgaben reichen aber nicht, deswegen will das Land Hessen der Rhön AG entgegenkommen. Im Gespräch ist ein jährlicher Investitionszuschuß von 10 Millionen Euro. Staatsgelder für höhere Dividenden – ein prima Geschäft für Aktionäre.

Ein besonders trauriges Kapitel im Rahmen der Privatisierung der Unikliniken ist die in Marburg gebaute sogenannte Partikeltherapie. Damit können inoperable Tumore, besonders Hirntumore, erfolgreich behandelt werden. Die Rhön AG hat bei der Ausschreibung den Zuschlag vor allem deswegen erhalten, weil sie bis

1.1.2013 die Inbetriebnahme eines solchen Bestrahlungszentrums zugesagt hatte, nach Aussage des damaligen Ministerpräsidenten Koch ein „Leuchtturmprojekt“. Jetzt wurde die Anlage von der Rhön AG zurückgegeben: Es hat sich herausgestellt, daß sie in absehbarer Zeit nicht profitabel zu betreiben ist. An der Marburger Uni war zur wissenschaftlichen Begleitung der Therapie extra eine Professur für Strahlentherapie geschaffen worden. Die hierfür ausgegeben Steuergelder sind zum Fenster hinaus geworfen. Mit der Bestrahlungsanlage könnten jährlich mehrere Hundert schwerkranke Patienten geheilt werden – weil die Rhön AG daran aber nichts verdienen würde, werden sie ihrem Schicksal überlassen. Gernot Linhart

# Ein notwendiger Info-Abend über Eritrea

Rund 100 Leute sind zur Info-Veranstaltung des Eritreischen Frauenvereins in die Kongresshalle gekommen, um sich ein genaueres Bild über das Land zu machen, das hier weitgehend unbekannt ist und gegen das seit einigen Wochen in Gießen in außergewöhnlicher Schärfe gehetzt wird – besonders vom Stadtverordneten Grothe (Grüne).

Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende Lemlem Kaleab gab Sifaf Adem von der eritreischen Gemeinde aus Frankfurt einen Überblick über dieses Land, das 30 Jahre lang für seine Unabhängigkeit kämpfen musste und auch seit seiner Befreiung vor 20 Jahren nicht in Frieden leben kann. Noch immer hält Äthiopien – trotz eines Urteils des internationalen Gerichtshofes in Den Haag – mit Unterstützung der USA widerrechtlich einen Teil Eritreas besetzt, das ständig mit einem Überfall rechnen muss. Als „nicht Friede und nicht Krieg“, bezeichnete Sifaf Adem diesen fragilen Zustand, der das Land zwingt, seine Grenzen militärisch zu schützen, wo es ständig zu Scharmützeln kommt. Er berichtete aber auch über die Erfolge, die in diesen zwei Jahrzehnten erreicht werden konnten: im Aufbau eines Gesundheitswesens, das z.B.

die Kinder- und Müttersterblichkeit eindämmte und in der Alphabetisierung des Landes, in dem es keine Hungersnot gibt – im Gegensatz zu allen Nachbarländern.

Was also ist das Verwerfliche, das Abscheuliche an Eritrea, das Anlass für eine derartige Hetzkampagne bietet? Sollte es etwa an den Bodenschätzen liegen, über die das Land in nicht unbeträchtlichen Mengen verfügt? Und die es nicht - wie in Afrika üblich – ausländischen Konzernen zur Ausbeute zur Verfügung stellt? Eritrea hat mit einem kanadischen Konsortium eine Abmachung zum Abbau der Bodenschätze, aber „auf Augenhöhe“, wie Sifaf Adem sagte, und nicht mit einem geringen Anteil zur Abspeisung wie es in anderen Entwicklungs-Ländern üblich ist.

In der Diskussion ging es – wie zu erwarten war – um den Militärdienst, den alle ableisten müssen. Um ihm zu entgehen flüchten junge Menschen aus Eritrea, das kann man verstehen. Doch hat die Regierung eine andere Wahl, als alles zu tun, um die Grenzen zu schützen? Hier werden einige Flüchtlinge benutzt, um Stimmung gegen ihr Land zu machen. Als solch ein besonders aggressiver Vertreter nach einer bisher friedlichen Diskussion gegen die „Militärdiktatur“ wütete, wurde ihm das Mikro genommen, vielleicht keine kluge aber verständliche Reaktion. Die sog. „Zwangsabgabe“, die aus Propaganda-Zwecken erfunden worden war, wurde nicht mehr erwähnt. - Insgesamt war es eine informative, gute, eine notwendige Veranstaltung. Michael Beltz

**Redaktionsschluß für das Jan.-Echo ist am 3.1.**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

Ich möchte:  
O Mitglieder der DKP kennenlernen  
O das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden  
O das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name: .....

Adresse: .....

e-mail: .....

## Wahlgeschenke

### I. Praxisgebühr

Ab Januar 2013 fällt die Praxisgebühr weg. Sie wurde seit 2004 über die Arztpraxen an die Krankenkassen weitergeleitet: eine von mehreren von SPD und Grünen mit Zustimmung CDU/CSU beschlossenen Maßnahmen, um die Eigenbeteiligung der Versicherten an den medizinischen Kosten einseitig zu erhöhen.

Nach erster Freude stellt sich ein bitterer Nachgeschmack ein. Die bestehenden Überschüsse der Krankenkassen werden durch den Wegfall der zwei Milliarden Euro Praxisgebühr und der Kürzung der Bundeszuschüsse um 2,5 Milliarden schnell aufgebraucht sein. Nach der Wahl 2013 können die „Volksvertreter“ sich das Wahlgeschenk dann in den kommenden Jahren wieder doppelt und dreifach zurückholen von den Armen, Alten und Kranken. Wie vorbildlich dagegen die kostenlose und hochwertige medizinische Versorgung in Kuba seit der Revolution; dort ist

Gesundheit ein Menschenrecht und keine Ware.

### II. Betreuungsgeld

Ab August 2013 bekommen Eltern, die ihr Kind nicht in einen öffentlichen Kindergarten bringen, 100 € monatlich und ein Jahr später 150 €. Damit würden Frauen vom Arbeitsmarkt ferngehalten, bestätigen Untersuchungen aus Ländern, in denen das Betreuungsgeld bezahlt wird. Von Hartz IV betroffene Familien bekommen es



abgezogen, Geringverdienende, deren Kinder oft eher von einem Kitabe such profitieren würden, werden verleitet, ihre Kinder zu hause zu betreuen und Besserverdienenden wird das Kindermädchen subventioniert. Dafür ist der Staat dann von der Verpflichtung entbunden, genügend Kitaplätze für Kinder unter 3 Jahren zu schaffen. Sabine Albrecht



# Strompreise – mehrfache Abzocke

Die Stadtwerke Gießen erhöhen zum 1.1.2013 wieder die Stromtarife, dieses Mal gleich um fast 15%. Dies wird damit begründet, daß mehrere Umlagen und Nutzungsentgelte, die in den Endpreis eingehen, deutlich steigen. Wenn man aber alle diese Beträge zusammenzählt, kommt man bei weitem nicht auf die geforderte Preissteigerung sondern nur auf etwas mehr als die Hälfte. Nicht erwähnt werden die gesunkenen Strompreise an der Strombörse, die den Endpreis deutlich nach unten drücken müßten. Die bei dieser Gelegenheit gleich mit erhöhte Grundgebühr wird nicht begründet. Der wirkliche Grund liegt auf der Hand: Da fast alle Stromversorger ihre Tarife erhöhen, sehen die SWG eine gute Gelegenheit, ihren Profit zu erhöhen. Bei seit Jahren stagnierenden Einkommen wird die Preissteigerung für viele schlimme Folgen haben. Immer mehr Menschen geraten in Zahlungsrückstände und werden mit Stromsperren bestraft. Die damit verbundenen

hohen Kosten treiben sie dann weiter in die Schuldenfalle. Der Strompreis setzt sich aus drei etwa gleichen Teilen zusammen: Die Kosten für die Stromerzeugung, die Gebühren für Transport und



Verteilung und staatlich festgelegte Abgaben und Steuern. Bei allen dreien werden private Stromkunden und kleine Gewerbetreibende abgezockt. Die Erzeugerpreise sind deutlich zu hoch, die fünf großen Energiekonzerne stecken riesige Profite in ihre Taschen. Bei den Trans-

portkosten werden den Netzbetreibern großzügige Zinsen auf ihr angeblich eingesetztes Kapital gewährt, obwohl die meisten Anlagen von den Stromabnehmern längst mehrfach bezahlt sind. Daneben kassieren Städte, Gemeinden und Gebietskörperschaften mit – die sog.

Konzessionsabgabe (für die Genehmigung, Leitungen über ihr Gebiet zu legen) landet in ihren Kassen. Die staatlich festgelegten Steuern und Abgaben sind ebenfalls zu hoch. Für die Ökostener gibt es keinen Grund. Sie fließt ohne Zweckbindung in die Staatskasse. Die sog. EEG-Umlage fördert vor allem Strom aus Sonne und Wind. Sie könnte weniger als halb so hoch sein wenn nicht alle Großverbraucher (von Bäckereien über Verkehrsbetriebe bis zu

Stahlwerken) von dieser Abgabe befreit wären. Auf alle diese zu hohen Beträge kassiert der Staat dann auch noch 19% Mehrwertsteuer, obwohl der Haushaltsstrom lebensnotwendig ist und deswegen wie Lebensmittel nur mit 7% besteuert werden dürfte. Gernot Linhart

## Leserbriefe

### Es ist ja Adventszeit...

„Wer sich aus Armut emporgearbeitet hat, sieht nach wie vor auf den Pfennig“ (Sprichwort) - Haben Sie auch von einer Stiftung einen Brief bekommen; „Das was zählt, ist die gute Tat. Darum bitte ich Sie: Helfen Sie mit Ihrer Spende“. Natürlich für die kranke und behinderte Kinder. Spende? Stiftung? Warum? Gleich-Sein?! Gleich-Wiegen?! Überhaupt ergibt sich aus der Verwechslung von Gleich-Sein und Gleich-Wiegen eine erstaunliche und unverständliche Scheu, die Dinge beim Namen zu nennen. - In Gießen hat in dieser Zeit eine bewegende Veranstaltung über Armut mit Prof. Butterwegge stattgefunden, der feststellt: „Auf dem Höhepunkt des konjunkturellen Aufschwungs vor der globalen Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise lebten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im März 2007 fast 1,929 Millionen Kinder unter 15 Jahren (von zirka 11,4 Millionen dieser Altersgruppe insgesamt) hierzulande in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, landläufig „Hartz-IV-Haushalte“ genannt. Das hieß für unter 14-Jährige, dass sie mit einem Regelsatz von höchstens 207 Euro auskommen mussten.“ Als er meinte, „es

gäbe einen Hinweis, dass es Mehrheiten für eine andere Politik gibt, wenn die Beteiligten nur wollten. Bei SPD, Grünen und Linken Politikern fänden sich genug Gemeinsamkeiten, um eine Mehrheit für echte Reformen zu finden“, wurde er unterbrochen. Eine Teilnehmerin der Veranstaltung stellte zur Diskussion (obwohl die Oberbürgermeisterin auch da war): „Wer hat uns verraten, Sozialdemokraten!“ Ganime Gülmez

**Nun hat die Weihnachtszeit begonnen** und damit die Zeit der Wohltätigkeiten, Spenden und Wohltaten für fast 1 Mrd. Hungernde und dazu Milliarden von Armen der 7 Mrd. umfassenden Weltbevölkerung. Meist sind die Betroffenen Kinder und alte Menschen. Nun ist kurzfristig nichts gegen diese Fürsorge zu sagen, wenn sie nicht zum Feigenblatt des Bürgertums und der Reichen missbraucht würde, die zu großen Teilen das weltweite Elend erst produzieren. Es könnten 13 Mrd. Menschen auf der Erde ernährt werden und menschenwürdig leben, wenn es da nicht die Chicagoer Börse gäbe, die mit Nahrungsmitteln spekuliert. Oder, wenn z.B. nicht rasant zunehmend mit deutscher Beteiligung an der Rüstungs- und Kriegsschraube gedreht würde: „Wohltätigkeit“, das wusste schon der Pädagoge Pestalozzi, „ist

das Ersäufen des Rechts im Mistloch der Gnade.“ (SZ4.10.2012)

Uwe Moldenhauer

„Nun teilt der gute Nikolaus die schönen Weihnachtsgaben aus ...“ Elektrogeräte, Glühbirnen u.v.a.m. werden dabei so produziert, dass sie nach ganz kurzer Zeit wieder kaputt gehen müssen. Der Rubel muss ja für den Konzernprofit rollen. Wir werden dann belogen und bestohlen (s. z.B. die exorbitanten Strompreiserhöhungen), verheizt (s. militärische Auslandseinsätze, Rüstungsausgaben, Arbeitshetze). Die weitverbreitete unterwürfige deutsche Mentalität lässt fasst jede Ungerechtigkeit zu. Packen wir es an: Es gibt viel zu ändern im neuen Jahr. Wer sich nicht wehrt, lebt eben verkehrt! Falk Moldenhauer

**Der Gazastreifen ist seit Jahren** von der Welt abgeschnitten. Lebensmittel, Wasser, Elektrizität, Medikamente - alles hängt vom guten Willen Israels ab, ob diese lebenswichtige Dinge durchkommen oder nicht. Der aktuelle Krieg ist in der Tat nicht wegen ein paar Raketen ausgebrochen, sondern wegen der Blockadehaltung Israels. Die Welt braucht endlich eine Zwei-Staaten-Regelung und sofortige Friedensverhandlungen. Vergessen ist auch nicht der dubiose Tod von PLO-Präsident Arafats. Kerstin Lade

## Internationaler Tag der Migranten

Integrationsbüro, Migrantenselbstorganisation, Ausländerbeirat u.a.m.

### Veranstaltungsreihe vom 2. bis 18. Dezember in Gießen

mit Feiern, Filmen, Ausstellungen, Fraucanapé, Podiumsdiskussion, Kochen, Theater, Comedy  
Dienstag, 18.12., um 19 Uhr, im Rathaus  
Stand-Up Comedy mit Abdelkarim  
„Zwischen Ghetto und Germanen“  
weitere Infos: [www.giessen.de](http://www.giessen.de)

## LL-Demo in Berlin

Liebkecht-Luxemburg-Demonstration am Sonntag, 13. Januar, in Berlin  
(...) Wir demonstrieren am 13. Januar 2013 gegen imperialistische Kriege und alle aggressiven Bestrebungen der EU und der NATO – darunter besonders die USA und deren willige Helfer. Wir demonstrieren gegen deutsche Rüstungsexporte, Auslandseinsätze der Bundeswehr und deutsche Kriegsbeteiligungen.  
(...) Wir demonstrieren ebenso gegen wachsende Arbeitslosigkeit und Armut, gegen die unerträgliche Ausweitung des Niedriglohnssektors und besonders gegen die moderne Sklaverei der Leiharbeit  
(...) Wir sind solidarisch mit den Erniedrigten und Beleidigten, besonders bedrängt in Griechenland und Spanien – nicht zuletzt durch die Politik der BRD. Wir stellen uns gegen die unverschämten Beschränkungen bürgerlicher Freiheiten. Wir wehren uns gegen die stetig brutaler agierenden Nazis, verlangen die rückhaltlose Aufklärung der faschistischen NSU-Morde und fordern das Verbot der NPD und weiterer Nazistrukturen. Wir demonstrieren gegen jeglichen Rassismus, gegen Antisemitismus und Antiziganismus, gegen Islamfeindlichkeit und Nationalismus. Dem Antifaschismus, der internationalen Solidarität und dem Humanismus gehört unsere ganze Kraft. (*Mehr Infos: ll-demo.de*)

### Treffpunkt:

10 Uhr, U-Bhf. Frankfurter Tor, von hier aus geht es zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

### Mit dem Bus nach Berlin:

Abfahrt: 12. Jan., 1 Uhr, Gießen Bahnhof  
Rückfahrt aus Berlin am Sonntag gg. 14 Uhr. Preis: normal: 50 erm. 40 Euro  
Kontakt: [info@sdaj-hessen.de](mailto:info@sdaj-hessen.de) oder 0176/6170 40932. - Teilnahmemöglichkeit an der **Rosa-Luxemburg-Konferenz** der Tageszeitung "junge Welt" am Samstag, dem 12. 1. [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)

## Höchststand an Sanktionen bei Hartz-IV

Mehr als eine Million Menschen, die Hartz IV beziehen, wurden innerhalb eines Jahres mit Sanktionen bestraft – soviel wie noch nie. Bei mehr als zwei Dritteln sind „Meldeversäumnisse“ der Grund. D. h., weil sie einen Termin der Jobcenter nicht wahrnehmen konnten, wird das bißchen Geld, das sie im Monat erhalten, zur Strafe gekürzt. Statt 374 € bekommen sie nur noch 245 €, das sind nicht einmal 10 € pro Tag.

Und im „Wiederholungsfall“ wird noch mehr gekürzt. Die Gründe für diese „Versäumnisse“ sind meist völlig egal und die Sanktionen oft reine Schikane. So bekam eine im achten Monat schwangere Frau ihre Bezüge gekürzt, weil sie ein Vorstellungsgespräch „versäumt“ hatte. Die Bundesagentur für Arbeit nennt diesen Skan-

dal: „*konsequenter und professionelle Arbeit der Behörde*“. Leider sind die Betroffenen – 6 Millionen Menschen sind auf Hartz IV angewiesen – meist durch jahrelange Erwerbslosigkeit, Demütigungen, Diffamierungen und Scherereien so fertig gemacht

worden, daß sie sich nicht wehren. Das aber ist dringend notwendig. Durch die Inflation, besonders die explodierenden Strompreise, bleibt immer weniger zum Leben. Es ist blanker Hohn, die Hartz-IV-Sätze zum 1.1.13 um ganze 8 (acht!) € im Monat zu erhöhen. In Gießen gibt es immer noch Menschen, die jeden Montag von 18 bis 19 Uhr bei den Drei Schwätzern im Seltersweg gegen Hartz IV demonstrieren. Leider immer nur wenige.

**Widerstand  
gegen Hartz IV**  
jeden Montag 18 - 19 Uhr  
bei den drei Schwätzern

## Adventsbasar beim Umsonstladen

Am Sonntag, dem 9.12. veranstaltet der Umsonstladen im Cafe Toller von 14 - 17 Uhr seinen 2. Adventsbasar. Jede(r) ist herzlich eingeladen! Die Waren können, wie immer, kostenlos mitgenommen werden. Allerdings gilt hier eine Beschränkung bei der Mitnahme auf zwei Teile pro Person. Es findet auch ein Kaffee- und Kuchenverkauf zu kleinen Preisen statt. Der Erlös dient der Weiterführung des Umsonstladens. Bitte beachten Sie, dass bei dieser Veranstaltung keine Warenannahme stattfinden kann! Adresse: Ernst-Toller-Weg 3, 35394 Gießen

## Hände weg von Kuba

### Pressemitteilung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba äußert Genugtuung darüber, dass auf der letzten UN-Vollversammlung 188 der 193 Mitgliedstaaten für die Aufhebung der seit 50 Jahren andauernden US-Blockade gegen Kuba gestimmt haben, darunter auch die BRD und alle EU-Staaten. Auch der Beschluss der EU-Außenminister vom 19.11. zur Verbesserung der Beziehungen zu Kuba wurde ausdrücklich begrüßt.

Umso unverständlicher ist die „Kleine Anfrage“ der Grünen an die Bundesregierung unter dem Titel „Unterstützung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern in Kuba“, die aus böswilligen Unterstellungen und Verleumdungen besteht. Unverhohlen wird darin die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates verlangt, indem die deutsche Botschaft in Havanna auf-

gefordert wird, ihre Kompetenzen u.a. zur Unterstützung von „Oppositionellen“ zu missbrauchen.

Hier besteht eine offensichtliche Parallele zur Kampagne der Grünen gegen Eritrea, wie sie insbesondere vom Stadtverordneten Grothe betrieben wird. Auch der Jugoslawienkrieg wurde von den Grünen aktiv mitgeführt und mit der Lüge J. Fischers begründet, „Auschwitz verhindern“ zu wollen. Auch auf ihrem letzten Parteitag haben die ehemals pazifistischen Grünen mit dem Beschluss zur „Schutzverantwortung“ gegenüber den Menschen, deren Menschenrechte in ihrem Heimatland – nach Ansicht der Grünen – verletzt werden, künftige Kriege legitimiert.

Solidarität mit Kuba, das auch die andauernde Blockade in 50 Jahren nicht bezwingen konnte, ist nach wie vor notwendig.